

1 **Außerkraftsetzung der Ausnahmeregelung für**  
2 **Minderjährige im Mindestlohngesetz**

3

4 Die Juso-Landesdelegiertenkonferenz möge zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag und  
5 an die Juso-Bundeskonferenz beschließen:

6

7

8 **Forderung:**

9

10 Die SPD setzt sich für eine Außerkraftsetzung der Ausnahmeregelung für Minderjährige ohne  
11 Berufsausbildung im Mindestlohngesetz (§ 22 Abs. 2 MiLoG) ein.

12

13

14 **Begründung:**

15

16 Argumentiert wurde im Bundestag so, dass eine massenhafte, vorzeitige Beendigung von  
17 Ausbildungsverhältnissen von jugendlichen befürchtet wird. Skandinavische Studien aber  
18 belegen, dass dies nicht der Fall ist. In Deutschland wäre eine vorzeitige Beendigung von  
19 Ausbildungsverhältnissen vor Eintritt der Volljährigkeit ohnehin rechtlich nicht möglich. Ebenso  
20 wäre eine Massenhafte Einstellung von Minderjährigen Arbeitskräften zur Einsparung von  
21 Lohnkosten möglich, welche eine negative Veränderung des Arbeitsmarktes darstellen würde.  
22 Die Ausnahmeregelung für Minderjährige ohne Berufsausbildung stellt also eine sachlich  
23 unbegründete Ungleichbehandlung von Minderjährigen dar.